

Standesangelegenheiten.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten.

Besprochen von F. Strassmann (Berlin).

Am 28. Oktober ist dem Hause der Abgeordneten von dem Minister der Medizinalangelegenheiten aufs neue der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten zur Beschlußfassung überreicht worden. Dieser Entwurf ist, wie in der Begründung ausgeführt wird, im wesentlichen gleichlautend mit dem in der ersten Session der 20. Legislaturperiode eingebrachten Entwurf, der von mir in No. 11 des Jahrgangs 1904 einer Besprechung unterzogen worden ist. Es bedarf also eigentlich einer Erörterung dieses Entwurfes nicht, ich kann mich vielmehr auf meine damaligen Ausführungen beziehen. Neu ist im wesentlichen nur die Bestimmung des § 4, wonach die vollbesoldeten Kreisärzte alle Gebühren, die sie als gerichtliche Sachverständige empfangen, an die Staatskasse abzuführen haben. Bisher hatten sie diese Gebühren nur insoweit zurückzuerstatten, als sie für Verrichtungen gezahlt wurden, die im Gesetz ausschließlich den Gerichtsärzten vorbehalten sind, wie die gerichtlichen Leichenöffnungen gemäß § 87 der StrPrO. Diese befremdende Erweiterung der Rückzahlungspflicht, für die eine Analogie unseres Wissens nirgends existiert, bedeutet gewiß eine erhebliche Minderung der Einnahmen vieler vollbesoldeter Kreisärzte. Die Begründung des Entwurfs verweist demgegenüber darauf, daß im Rahmen der bevorstehenden Beamtenbesoldungsaufbesserung den vollbesoldeten Kreisärzten ein den gleichartigen Beamtenkategorien entsprechendes höheres Gehalt zugebilligt werden wird. „Soweit einzelne vollbesoldete Kreisärzte in ihren jetzigen Stellen durch diese Regelung eine über die Besoldungsaufbesserung hinausgehende Schädigung erfahren, sollen Mittel zu ihrer Entschädigung bereitgestellt werden.“

Für alle Aerzte, die nicht Kreisärzte sind, also für die große Mehrzahl der Leser dieser Wochenschrift, ist von praktischem Interesse weniger das Gesetz selbst als der beigegebene „Tarif für die Gebühren der Kreisärzte“. Das Gesetz will ja für die Zukunft der Regierung das Recht zuweisen, die einzelnen Gebührensätze zu normieren, und jener beigegebene Tarif gibt kund, wie diese Regelung gedacht ist. Die hier für die Kreisärzte ausgeworfenen Sätze für gerichtsärztliche und andere Verrichtungen sollen aber nach § 12 des Gesetzes — ebenso wie bisher — auch für andere Aerzte gelten, wenn sie zu jenen Verrichtungen aufgefordert werden, wenigstens „in Ermangelung anderweitiger Verabredung“. Zu einer anderweitigen Verabredung wird es aber zumeist nicht kommen, wenigstens lehnen unserer Erfahrung nach die Gerichte es in der Regel ab, vor Erstattung des Gutachtens Vereinbarungen mit den ärztlichen Sachverständigen über die Höhe der Gebühren zu treffen. Der Sachverständige kann aber nach der bisherigen Auffassung die Ausführung des ihm übertragenen Auftrages nicht von dem zu- vorigen Abschluß der Vereinbarung abhängig machen, sondern hat seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Erstattung des Gutachtens in jedem Falle nachzukommen, sodaß fast immer die Vorschriften des Tarifs Platz greifen werden.

Auch dieser Tarif ist im wesentlichen gleichlautend mit dem, der dem früheren Gesetzentwurf beigegeben war. Auch für ihn treffen also meine früheren Ausführungen durchweg zu. Nur wenn ich damals bemängelte, daß für „ein schriftliches Zeugnis behufs Begründung von Gesuchen wegen . . . Nichterscheinens vor Gericht, Aufschiebens der Strafvollstreckung und dergleichen“ bloß 3 M zugebilligt werden, so bringt der neue Tarif insofern eine Besserung, als diese Bestimmung einen Zusatz erhalten hat, wonach im Falle einer besonders eingehenden Untersuchung oder wissenschaftlichen Begründung des Gutachtens die Gebühr für ein solches begründetes Gutachten (10–30 M) einzusetzen ist.

In zweiter Reihe glaube ich in meinem früheren Aufsatz ausreichend dargetan zu haben, daß der eben angeführte Betrag für ein begründetes Gutachten wenigstens in seinem Höchstsatz nicht ausreicht, daß vor allem aber die Bestimmung fallen müßte, wonach bei einem schriftlichen Gutachten Vorbesuche, Voruntersuchungen, Aktenstudium nicht besonders honoriert werden können. In dieser Beziehung hat der neue Tarif keine Besserung gebracht. Es ist diese den ärztlichen Sachverständigen überaus nachteilige Bestimmung, die außerdem in logischem Widerspruch zu anderen Bestimmungen des Tarifs steht, unverändert geblieben.

Immerhin wird man anerkennen müssen, daß dieser einen nachteiligen Bestimmung doch eine überwiegende Reihe von Verbesse-

rungen im Verhältnis zu dem gegenwärtigen Zustand gegenübersteht. Für die große Mehrzahl der Aerzte, die als gerichtliche Sachverständige wirken, bedeutet der Tarif somit einen erheblichen Fortschritt, einen Fortschritt, der entsprechend meinen früheren Darlegungen indirekt auch der Rechtspflege und der gerichtlich-medizinischen Wissenschaft Nutzen bringen wird.